



**Dr. Birgit Malecha-Nissen**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

### Positionierung in der Debatte um das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA)

SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Birgit Malecha-Nissen unterstützt Kernidee des Abkommens, sieht aber auch noch Verbesserungspotenzial

Berlin, 13.09.2016

**Berliner Büro:**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: (030) 227-75165

Fax: (030) 227-70165

[birgit.malecha-nissen@bundestag.de](mailto:birgit.malecha-nissen@bundestag.de)

„Globalisierung braucht faire Regeln. Deshalb gilt für mich: Auch der Welthandel muss gerecht gestaltet werden. Das geplante Abkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten und Kanada bietet die Möglichkeit in unserer globalisierten Welt Standards zu setzen und nachhaltig zu verankern. Ein Exportland wie Deutschland, in dem jeder vierte Arbeitsplatz vom Export abhängt, kann sich keine ablehnende Haltung zum Welthandel leisten. Daher betrachte ich die Kernidee von CETA als sehr gut und wichtig. Es wurde jetzt seit sechs Jahren intensiv verhandelt und der Vertragstext, der seit Juli vorliegt, kann sich schon sehen lassen.

Auf dem Weg dahin gab es einige signifikante Verhandlungserfolge, die primär auf unseren Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel zurückzuführen sind. Hier ist in erster Linie die Streichung der Schiedsgerichte zu nennen. Diese wurden durch die Einsetzung eines öffentlich-rechtlichen Investitionsgerichtshof mit unabhängigen Richtern und Berufungsinstanz ersetzt.

Auch im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, also der Erbringung von kommunalen Dienstleistungen, gab es Fortschritte. Diese Bereiche sind vom Investitionsschutz ausgenommen. Wir brauchen nicht zu befürchten, dass wir uns durch CETA zu der Privatisierung von kommunalen Versorgern verpflichten. Ein wichtiger Punkt!

Dennoch gibt es auch noch einige offene Fragen und Kritikpunkte am Abkommen.

Zum Beispiel halte ich die geplante vorläufige Anwendung des Vertrags ab dem 1.1.2017 für problematisch. Zu diesem Zeitpunkt hat nämlich noch kein Parlament in der EU den Vertragstext ratifiziert. Außerdem stimme ich den kommunalen Spitzenverbänden in ihrer Forderung zu, dass die Bereiche der Daseinsvorsorge nicht durch eine Negativliste sondern besser durch eine Positivliste von der Marktöffnungsverpflichtung ausgenommen werden sollten. Dies würde Klarheit und Sicherheit schaffen.



Ich plädiere daher dafür, dass in den nächsten Wochen und Monaten noch genau geklärt wird, wie das CETA Abkommen in einem demokratischen Prozess zu einem fairen und guten Handelsabkommen ausgebaut werden kann.“